

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 15.03.2012	Beginn 17:05 Uhr	Ende 19:25 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schwabe, Bernd Ulrich	Vertretung für Herrn Schier
Flüshöh, Oliver	
Grüntker, Hermann	Vertretung für Herrn Kampschulte
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Steuernagel, Rolf	Vertretung für Herrn Hens
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Weidenfeld, Uwe	Vertretung für Herrn Gießwein
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	
Bockelmann, Christian Dr.	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.	
Sartor, Christiane	

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Eibert, Peter	
Guthier, Wilfried	
Heringhaus, Petra	
Klos, Karlheinz	
Kuss, Jürgen	
Rudolph, Heike	

Schweinsberg, Ralf	
--------------------	--

Sormund, Frank	
Striebeck, Thomas	
Weidner, Gabriele	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

Mitglieder

Schier, Klaus Peter	Vertretung durch Herrn Schwabe
Hens, Bernd	Vertretung durch Herrn Steuernagel
Kampschulte, Matthias	Vertretung durch Herrn Grüntker
Gießwein, Marcel	Vertretung durch Herrn Weidenfeld

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.02.2012	
4	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
5	Mitteilungen	
6	Nachbenennung eines Ausschussvorsitzenden	056/2012
7	Ausschussumbesetzungen	057/2012/2
8	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	048/2012
9	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 Abs. 2 BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	061/2012/2
10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.02.2012 zur Verkehrsentwicklung Innenstadt	058/2012
11	Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in NRW - hier: Projekt IKEA mit ergänzendem Homepark	054/2012
12	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012
12.1	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/2
12.2	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/3

12.3	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/4
12.4	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/5
13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2012 zum integrierten Klimaschutzkonzept	065/2012/1
14	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012
15	Brandschutz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2011	078/2012
16	Personalwirtschaftskonzept 2011 - 2021	181/2011/2
17	Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2012 (Fachbereich 5.1) - 2. Änderungsliste	019/2012
18	Haushaltsantrag Nr. XII der FDP -Aufwandsreduzierung im Etat des Bürgerbüros 02.01.05-	032/2012
19	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2012	018/2012
20	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
----------	---	--

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Zur Tagesordnung trägt er nachstehende beabsichtigte Ergänzungen bzw. Änderungen vor:

HINZUKOMMENDE TOPE

neu A 14 - Vorlage 089/2012

Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013

neu B 3.3 - Vorlage 083/2012

Beförderung eines Beamten

neu B 3.4 - Vorlage 085/2012

Nachbesetzung der Stelle Fachbereichsleitung Immobilienmanagement

↳ *Die Vorlagen liegen aus !*

WEGFALLENDE TOPE

alt A 10 - Vorlage 052/2012

Bebauungsplan Nr. 94 "Westlich Haßlinghauser Straße"

1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB
2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 Abs. 2 BauGB
3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

↳ *Die Vorlagen wurde im AUS am 13.03.2012 bis auf weiteres vertagt !*

alt A 20 - Vorlage 050/2012

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 31.01.2012 "Gemeinsame Schule in Schwelm"

↳ *Die Vorlage wurde im SchA am 13.03.2012 vertagt !*

Zur Vorlage 089/2012 ergänzt der Bürgermeister, dass diese in den heutigen Hauptausschuss lediglich eingebracht werde, damit sich die Ausschussmitglieder mit den Informationen vertraut machen können.

Zur Vorlage 052/2012 bezieht sich Herr Stobbe auf seine im AUS vorgetragenen Beweggründe für die Vertagung. *Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Anschließend verweist er auf die nachstehend auszutauschenden Vorlagen, die jeweils die aktualisierte Fassung enthalten:

- ⇒ Vorlage 057/2012/2 ersetzt Vorlage 057/2012,
- ⇒ Vorlage 061/2012/2 ersetzt Vorlage 061/2012 und
- ⇒ Vorlage 065/2012/1 ersetzt Vorlage 065/2012.

Sodann ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über die Änderungen / Ergänzungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.02.2012	
----------	---	--

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

4	Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung	
----------	--	--

keine

5	Mitteilungen	
----------	---------------------	--

Herr Striebeck nimmt Bezug auf die im Hauptausschuss am 02.02.2012 von den Herren Grüntker und Feldmann vorgetragene Anfrage hinsichtlich des schlechten Zustandes der Wege im Martfelder Wald. Er habe sich die Situation gemeinsam mit Herrn Stockermann (TBS AöR) angesehen. Das geschlagene Holz wurde inzwischen soweit wie möglich beseitigt; die Arbeiten sind aber noch nicht ganz abgeschlossen. Sobald dies geschehen ist, werden Mitarbeiter der TBS AöR die Wege wieder in ihren ursprünglichen Zustand zurück versetzen.

Damit die Politik dies nicht zuerst aus der Presse erfahre, informiert Herr Schweinsberg die Ausschussmitglieder darüber, dass sich ein 37-jähriger Bewohner der Obdachlosenunterkunft in der Wiedenhaufe auf dem Dachboden erhängt habe. Hintergründe hierfür seien bisher nicht bekannt.

6	Nachbenennung eines Ausschussvorsitzenden	056/2012
----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

7	Ausschussbesetzungen	057/2012/2
----------	-----------------------------	-------------------

Herr Philipp erkundigt sich, was bei Herrn Enke mit der in der Anlage aufgeführten Funktion gemeint sei. Herr Feldmann erläutert, dass Herr Enke die persönliche Stellvertretung für Frau Utsch im Jugendhilfeausschuss für die Fraktion DIE LINKE. übernehme. Daraufhin wird festgestellt, dass die Formulierung in der Anlage nicht ganz korrekt ist.

Beschluss:

Die in Anlage 1 zur Vorlage Nr. 057/2012/2 vorgeschlagenen Änderungen in den Ausschussbesetzungen, sowie die Änderung der Besetzung im Verwaltungsrat der TBS und des Aufsichtsrates der GSWS werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeister

8	25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 (2) BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4(2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	048/2012
----------	---	-----------------

Beschluss:

Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die 25. Flächennutzungsplan-Änderung (Bereich Winterberg) der Stadt Schwelm einschließlich dem dazugehörigen Erläuterungsbericht als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

9	Bebauungsplan Nr. 86 "Wohngebiet Winterberg 1. Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB 2. Abwägung und Beschlussfassung aus § 4 Abs. 2 BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	061/2012/2
----------	--	-------------------

Beschluss:

1. Während der Auslegung für die Dauer eines Monats gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) sind keine Anregungen eingegangen.
2. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen werden, wie in der Sitzungsvorlage 061/2012 dargestellt, abgewogen.
3. Gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung des Landes (GO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 86 „Wohngebiet Winterberg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die Begründung vom 22.02.2012 hierzu beschlossen.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung Schwelm, Flur 24, Flurstücke: 45, 48, 53, 54, 119, 123, 126-129, 152-154, 192, 193, 199 203 teilw., 227-230, 263-265, 307-310. Flur 25, Flurstücke: 753, 755-758, 789, 790 teilw., 791-795, 806 teilw..
Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).
Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB ist den Planunterlagen zur Einsichtnahme gemäß § 10 Abs. 3 BauGB beizufügen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.02.2012 zur Verkehrsentwicklung Innenstadt	058/2012
-----------	--	-----------------

Herr Flüshöh erklärt, dass er das Ergebnis des AUS vom 13.03.2012 so verstanden habe, dass die Vorlage in die nächste Sitzung des Fachausschusses vertagt worden sei. Frau Dr. Hortolani bestätigt diese Auffassung.

Bürgermeister Stobbe schlägt daher vor, die Vorlage analog der Beschlussfassung des AUS ebenfalls in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen und ruft zur Abstimmung über die Vertagung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

11	Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in NRW - hier: Projekt IKEA mit ergänzendem Homepark	054/2012
-----------	--	-----------------

Herr Schwunk teilt mit, dass er am heutigen Tage ein erstes Ergebnis des Gutachtens aus Wuppertal erfahren habe. Danach wirke sich der Homepark stark auf den Schwelmer Einzelhandel aus. Es sei mit Umsatzabflüssen von 10 – 30 % zu rechnen.

Herr Stobbe erklärt, dass das Gutachten auch heute bei der Verwaltung eingegangen sei. Es gebe in der Angelegenheit eine Anhörung des Kreises in Wuppertal und man koordiniere zur Zeit, wie man sich an dieser beteiligen könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt der Resolution zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels zu und tritt der „Hammer Erklärung“ bei. Die Verwaltung wird beauftragt, die Resolution und die Erklärung der Landesregierung und dem Landtag NRW zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

12	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012
-----------	---	-----------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 12.4 !

12.1	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/2
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 12.4 !

12.2	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/3
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 12.4 !

12.3	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/4
-------------	---	-------------------

Siehe Ausführungen unter TOP A 12.4 !

12.4	Projekt Verwaltungsgebäude der Stadt Schwelm - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung	033/2012/5
------	---	-------------------

Bürgermeister Stobbe schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 12 – 12.4 gemeinsam zu behandeln und bittet die Mitglieder des Hauptausschusses um Mitteilung, ob über die jeweiligen Anträge einzeln abgestimmt werden soll, oder die Antragsteller ihre Anträge zunächst näher erläutern möchten.

Herr Schwunk erklärt, dass er bei Antragstellung noch in Korrespondenz stand und jetzt nach Erhalt der Unterlagen diese erst intensiv studieren müsse.

Herr Schweinsberg schlägt – wie im letzten Ältestenrat angedacht – vor, die Fragen der einzelnen Fraktionen zunächst bis zum 23. April 2012 zu sammeln und dem Gutachter zuzuleiten.

Herr Flühöh teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion heute noch nicht in der Lage sehe, die Angelegenheit umfassend zu beraten. Er war irrtümlich davon ausgegangen, dass die CD mit den Informationen allen Ratsmitgliedern und nicht nur den Fraktionsvorsitzenden zugeleitet worden sei. Aus diesem Grund haben sie innerhalb der Fraktion das Thema bisher noch nicht erörtern können. Den Teil der Organisationsuntersuchung allerdings könnten sie schon beschließen.

Es schließt sich eine Erörterung an, in der die Zusammenfassung der drei Anträge der BfS, SPD und CDU (TOP 12.2 – 12.4), die sich auf die Orga-Untersuchung beziehen, überlegt wird.

Diskutiert wird die Möglichkeit der frühzeitigen Einbindung der GPA, ohne Verursachung zusätzlicher Kosten, die individuellen Vorstellungen von einer Untersuchung und die Art der Herangehensweise an eine solche. Auch die jeweiligen Vorstellungen relevanter Eckpunkte oder Parameter einer derartigen Untersuchung müssten abgeglichen werden.

Letztendlich müsse eine breite Akzeptanz der Untersuchungsergebnisses erreicht werden.

Auf Nachfrage des Herrn Stobbe nach Formulierung eines zusammenfassenden Beschlussvorschlages aus den drei vorgenannten Anträgen und vorgetragenen Anregungen erklärt Herr Flühöh, dass er diese sofort erstellen könne.

Der Bürgermeister verkündet hierzu eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung: 18:47 – 18:52 Uhr

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch Herrn Stobbe verliest dieser nachstehenden, von allen Fraktionen gemeinsam erarbeiteten Beschlussvorschlag:

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm zu beschließen, vor dem Einstieg in die weitere Gebäudeplanung bzw. Gebäudeaufteilung zur Zentralisierung der Stadtverwaltung eine Organisationsuntersuchung durchführen zu lassen, um die künftig organisatorisch abzubildenden

Prozessketten innerhalb der Stadtverwaltung Schwelm, deren organisatorische Aufteilung und Anordnung in dem ggf. neu zu errichtenden Verwaltungsgebäude bzw. in den sanierten Verwaltungsgebäuden sowie die dazu notwendigen Flächen und Flächenreserven zu ermitteln.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der GPA eine kostenneutrale Begleitung der Organisationsuntersuchung zu erörtern.
3. Die einer Organisationsuntersuchung zugrunde liegenden Annahmen und Eckdaten werden mit dem Rat der Stadt im Vorfeld abgestimmt.
4. Dem Rat der Stadt werden nach einer Markterkundung drei Büros zur Durchführung der Untersuchung vorgestellt, aus denen er dem Bürgermeister eines zur Auftragsvergabe vorschlägt.
5. In den Haushalt 2012 sind Mittel in Höhe von 100.000 € für diese Maßnahmen einzustellen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, die 100.000 € zu veranschlagen, sodass die Arbeitsfähigkeit gegeben ist.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

13	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2012 zum integrierten Klimaschutzkonzept	065/2012/1
-----------	---	-------------------

Herr Stobbe informiert die Ausschussmitglieder über den vom Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung an die Verwaltung gerichteten Auftrag, die Kosten zu ermitteln. Da diese bis heute noch nicht zusammengestellt werden konnten, halte er es für sinnvoll, die Vorlage zu vertagen.

Die anwesenden Gremiumsmitglieder signalisieren gleicher Auffassung zu sein, so dass Herr Stobbe zur Abstimmung über die Vertagung aufruft.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

14	Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung ab 2013	089/2012
-----------	---	-----------------

Kenntnisnahme von der Einbringung festgestellt !

15	Brandschutz - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2011	078/2012
-----------	---	-----------------

Herr Stobbe erläutert die Hintergründe für die abschließende Berichtsvorlage zum Thema Brandschutz und dem hierzu vorliegenden Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen.

Frau Gießwein erklärt auf Nachfrage, dass der Antrag damit erledigt sei.

Herr Steuernagel weist darauf hin, dass in der Sitzung des LiegA am 06.03.2012 zugesagt worden sei, den Fraktionsvorsitzenden eine Übersicht über die geplanten Brandschutzmaßnahmen in Gebäuden zuzuleiten. Er erkundigt sich, wann dies geschehen werde.

Herr Striebeck sichert die Zusendung der Übersicht bis spätestens Mitte nächster Woche zu und bittet um Nachsicht, dass dies aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle von Mitarbeitern bisher noch nicht erledigt werden konnte.

Kenntnisnahme festgestellt !

16	Personalwirtschaftskonzept 2011 - 2021	181/2011/2
----	--	------------

Bürgermeister Stobbe weist einleitend darauf hin, dass es sich bei der Anlage zur Vorlage lediglich um eine Fortschreibung des bereits beschlossenen Personalwirtschaftskonzeptes (PWK) handle.

Herr Schwunk erklärt, dass die FDP dem Vorschlag grundsätzlich zustimmen werde, gibt aber zu bedenken, dass man überlegen müsse, wie sich der erhebliche Personalabbau insgesamt auf die Leistung auswirke. Die Politik sei hier gehalten sich zu fragen, ob der Abbau im Konsens so umsetzbar sei und wo gegebenenfalls Standards eingeschränkt werden müssen.

Herr Stobbe stellt darauf hin fest, dass die Aussage des Herrn Schwunk nicht neu sei und man dringend ein Personalentwicklungskonzept benötige. Die vorgesehene Orga-Untersuchung sei ein erster Schritt auf dem Weg dorthin.

Herr Flühshöh teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei Beschlussfassung enthalten werde, nicht weil sie dem PWK nicht zustimmen könne, sondern weil sie in einigen Punkten noch Klärungsbedarf habe.

Für Herrn Feldmann ist nicht nachvollziehbar, dass man Personal einfach so linear kürzen könne und der Hauptausschuss diesen Kürzungen immer wieder zustimme. Dies werde auf den Rücken der Mitarbeiter ausgetragen und führe zu zunehmend höheren Krankenständen, insbesondere bei psychischen Erkrankungen. Die Fraktion DIE LINKE. werde den Beschlussvorschlag nach wie vor ablehnen.

Herr Weidenfeld erläutert, dass die Zielrichtung der angeblichen Einsparungen so nicht haltbar sei. Wenn zum Beispiel aufgrund von Personalkürzungen fremde Hilfe in Anspruch genommen werden müsse und dadurch Sachkosten entstehen, habe man sich unterm Strich selbst getäuscht. Das einzige was man damit erreiche, sei, dass die überlasteten Mitarbeiter abwandern.

Beschluss:

Dem Personalwirtschaftskonzept 2011 – 2021 wird grundsätzlich zugestimmt. Den im Rahmen der Haushaltsberatungen zuständigen Gremien wird ebenfalls Zustimmung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	7

17	Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2012 (Fachbereich 5.1) - 2. Änderungsliste	019/2012
-----------	---	-----------------

Herr Stobbe weist darauf hin, dass die Vorlage versehentlich keinen Beschlussvorschlag enthalte.

Er empfiehlt daher, den Beschluss analog der Beschlussvorschläge der übrigen Fachausschüssen zu formulieren.

Geänderter Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss und Rat, der 2. Änderungsliste so zu folgen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

18	Haushaltsantrag Nr. XII der FDP - Aufwandsreduzierung im Etat des Bürgerbüros 02.01.05-	032/2012
-----------	--	-----------------

Herr Schwunk erläutert den vorgelegten Antrag.

Die dort aufgeführten Einsparungsvorschläge seien als Gegenvorschlag zur Vermeidung von Steuererhöhungen für die Bürger gedacht. Er spricht der Verwaltung seinen Dank für die vorgelegte umfassende Darstellung aus.

Es stelle sich zum Beispiel die Frage, warum das Bürgerbüro unter der Woche drei Mitarbeiter benötige, um die Öffnungszeiten sicherzustellen und Samstags nur zwei. Wenn auch unter der Woche zwei Mitarbeiter ausreichen würden, könne eine noch höhere Einsparung erzielt werden.

Herr Guthier erläutert, dass das Personal der Nachfrage entsprechend eingesetzt werde. Um in der Woche die Öffnungszeiten mit angemessenen Wartezeiten zu gewährleisten brauche man drei MitarbeiterInnen. Der Samstag könne gerade eben mit zwei MitarbeiterInnen bewältigt werden. Diese Personalbemessung sei aber schon sehr an der Grenze.

Herr Schweinsberg empfiehlt dem Hauptausschuss den Antrag der FDP zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen.

Herr Feldmann stellt die Einsparung in Frage. Wenn man beim Produkt Bürgerbüro Personal einspare, so würde dieses Personal an anderer Stelle eingesetzt und das dortige Produkt erhöhen.

Herr Flüshöh bittet um Nachsicht, dass sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde, da sie bei ihren Vorberatungen diese Vorlage übersehen und nicht beraten habe.

Herr Kranz vertritt die Auffassung, dass man – wenn man das Personal auf dem heutigen Stand belasse – nie zu den notwendigen Personalkosteneinsparungen gelangen werde.

Bürgermeister Stobbe erwidert hierzu, dass dies den Eindruck vermittele, die Verwaltung sei ein sich intern nicht bewogender Apparat. In der Vergangenheit wurde ganz erheblich Personal abgebaut; die zu erbringende Arbeit muss aber im Gegenzug auch leistbar bleiben.

Daher sei der Ansatz der BfS in ihrem Antrag auf Organisationsuntersuchung aufzugreifen, Abläufe und Prozesse zu optimieren. Auf der einen Seite sollen Kosten gedämpft werden, auf der anderen Seite aber nehmen psychische Erkrankungen zu. Man habe es hier mit einem sehr komplexen Thema zu tun.

Herr Stobbe appelliert, die Ergebnisse der Orga-Untersuchung abzuwarten, bevor er zur Abstimmung über den FDP-Antrag aufruft.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	6

19	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2012	018/2012
-----------	--	-----------------

Die Frage der Frau Gießwein, ob der Weihnachtsmarkt und der verkaufsoffene Sonntag synchron stattfinden, verneint Herr Stobbe.

Frau Sartor erklärt, dass die Werbegemeinschaft grundsätzlich am 3. Advent ihren „kleinen Weihnachtsmarkt“ in Verbindung mit einem verkaufsoffenen Sonntag auf dem Bürgerplatz durchführe.

Herr Stobbe ergänzt, dass der 3. Advent nicht der übliche Termin für den Weihnachtsmarkt der GSWS sei.

Zu früheren Zeiten habe die Werbegemeinschaft ihren Weihnachtsmarkt mit verkaufsoffenem Sonntag am 1. Advent durchgeführt, aber irgendwann zum 3. Advent gewechselt. Bei diesem Termin möchte die Werbegemeinschaft auch verbleiben.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat die „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	9
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	2

20	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	
-----------	--	--

Herr Philipp bittet Herrn Schweinsberg um Wiederholung seiner Aussage zum Thema Freibad aus dem gestrigen Sportausschuss.

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die wesentliche Kernaussage war, dass es keinerlei Bestrebungen gebe, das Hallen- bzw. Freibad zu schließen.

Man habe die GPA im Rahmen ihrer Beratung zum Sanierungsplan gebeten, sich die Bäderlandschaft einmal anzusehen, aber lediglich unter dem Aspekt möglicher Synergien.

Unterrichtung der Öffentlichkeit über Beschlüsse, die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst wurden:

Beschluss zu TOP B 3.1:

Hinsichtlich der Einstellung des Herrn Andreas Tolksdorf zum frühestmöglichen Zeitpunkt als Leiter des Fachbereichs „Zentraler Service“ wird das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss *hergestellt*.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Beschluss zu TOP B 3.3:

Hinsichtlich des Aufstiegs des Herrn Eibert gemäß § 40 LVO von A 13 g.D. nach A 13 h.D. zum Städtischen Verwaltungsrat wird das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss *hergestellt*.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Beschluss zu TOP B 3.4:

Hinsichtlich der Übertragung der Stelle „Fachbereichsleitung Immobilienmanagement“ an Herrn Thomas Striebeck wird das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss *hergestellt*.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 15 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.03.2012	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------